

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

4. Juli 1961

180/A.B.

zu 197/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Zu der Anfrage der Abgeordneten Dr. P r a d e r und Genossen, betreffend einen Baukostenzuschuss zum Neubau eines Personenschiffes und die Reparatur eines Pontons an die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, teilt Vizekanzler Dr. P i t t e r m a n n folgendes mit:

Am 9. November 1960, anlässlich des Stapellaufes des Motorschiffes "Döbling", wurde ich von den leitenden Organen der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf die besonders schwierige Lage der Personenschiffahrt aufmerksam gemacht. Als Ressortminister für die verstaatlichten Unternehmungen habe ich eine Überprüfung der geschilderten Situation zugesagt und ausserdem neuerlich meine Ansicht bekräftigt, dass der Bund auch Mittel für die Personenbeförderung mit Schiffen aufzubringen habe.

Auf Grund der von mir verfügten Überprüfung hat das Bundeskanzleramt-Verstaatlichte Unternehmungen (Sektion IV) festgestellt, dass die zurzeit zur Verfügung stehenden Mittel aus Bundesdarlehen und aus dem Investitionsfonds zunächst und vordringlich für den Ausbau der Güterflotte, die das Kernstück dieses Verkehrsbetriebes ist, verwendet werden sollen. Diese Auffassung wurde auch mit meiner Genehmigung der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft mitgeteilt. Das steigende jährliche Defizit aus der Personenschiffahrt belastet die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft trotz wesentlicher Steigerung der Einkünfte aus dem Güterverkehr und ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Finanzen.

Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft betreibt die Personenschiffahrt nicht in ihrem Geschäftsinteresse, sie fühlt sich aber im allgemeinen Staatsinteresse verpflichtet, diese weiter aufrecht zu erhalten. Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft kann aber die damit verbundenen Lasten nicht allein tragen. Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und das Bundeskanzleramt-Verstaatlichte Unternehmungen (Sektion IV) haben ständig Anstrengungen unternommen, um öffentliche Mittel für den Zweck der Personenschiffahrt freizubekommen. Bisher haben diese Bemühungen in Rücksicht auf die Lage der Staatskasse zu keinem Ergebnis geführt. Der Vorstand war des weiteren bemüht, die aus Gründen des Fremdenverkehrs an der Personenschiffahrt direkt interessierten Bundesländer zur Mitwirkung an der Finanzierung zu gewinnen. Dies leider ohne Erfolg. Derzeit prüft der Vorstand die Möglichkeit der Erlangung eines ERP-Kredites für den Schiffsneubau und wird demnächst mit einem diesbezüglichen Ansuchen den ERP-Fonds befassen.

